



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**

landesbund  
schleswig-holstein

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Bildungsausschuss

Landeshaus  
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 16/111**

29. Juli 2005 / Schw

**Erhalt der Rechtsmedizin an den Universitätsklinikstandorten Kiel und Lübeck**  
**Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 16/16**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der dbb schleswig-holstein dankt für die Übersendung des Antrags der FDP und die Gelegenheit zur Stellungnahme. In Abstimmung mit unserer Mitgliedsgewerkschaft, dem Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW) Schleswig-Holstein, unterstützen wir die im Antrag erhobenen Forderungen in vollem Umfang.

Auf den in der Landtagsdebatte angeführten Erwägungen ist es auch für uns unverzichtbar, dass die Rechtsmedizin an beiden Standorten des UKSH in Kiel und Lübeck erhalten bleibt. Andernfalls ist zu befürchten, dass die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit nicht mehr in vollem Umfang zum Tragen kommen können.

Der dbb schleswig-holstein spricht sich weiter nachdrücklich dafür aus, dass an beiden Standorten des Instituts die Lehre durch mindestens eine Hochschullehrerin oder einen Hochschullehrer abgedeckt wird. Die Ausbildung auf dem Gebiet der Rechtsmedizin ist für jeden praktizierenden Arzt unabdingbar, da sonst die Gefahr bestünde, dass unnatürliche Todesursachen unerkannt blieben. Hierzu ist aber auch von besonderer Bedeutung, dass die Studierenden an beiden Standorten des UKSH die Möglichkeit haben, vor Ort Erfahrungen an Fallbeispielen zu sammeln. Dies bedingt wiederum Laborkapazitäten in Kiel und Lübeck.

Notwendig ist aus unserer Sicht in diesem Zusammenhang auch, dass an beiden Standorten für Forschungsgelegenheit gesorgt wird, da ansonsten mit erheblichen Effizienzverlusten durch Reisezeiten zu rechnen ist.

Wir erlauben uns abschließend darauf hinzuweisen, dass schon jetzt durch die früher erfolgte Zusammenfassung in einem Institut eine bessere Koordination der Arbeit an beiden Standorten erreicht wurde. Dies hatte im Übrigen auch einen Einspareffekt bei den Personalkosten zu Folge.

Für ergänzende Erläuterungen stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Anke Schwitzer  
Landesbundvorsitzende